

**09.04.2014**

**Niederschrift**

---

**Gleichstellungsausschuss**

am 17.03.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:45 Uhr

**Anwesend:**

**Sitzungsleiterin**

Frau Rita Schröder

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Jürgen Kerl

Frau Bärbel Schmidt

anwesend bis 16.45 Uhr

Frau Manuela Werbinsky

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Bärbel Andernacht

Frau Marie-Luise Scheideler

**Kreistagmitglieder CDU**

Frau Marlies Deppe

anwesend bis 16.45 Uhr

Frau Claudia Gebhard

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Barbara Streich

**Kreistagmitglieder FDP**

Frau Heike Schaumann

**Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.**

Frau Insa Bußmann

**Gäste**

Frau Katja Sträde, Kompetenzzentrum Frau und Beruf Westfälisches Ruhrgebiet

Frau Anke Jauer, Kompetenzzentrum Frau und Beruf Westfälisches Ruhrgebiet

Frau Kahraman-Brust, Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna

**Verwaltung**

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Aufgrund der Abwesenheit der Vorsitzenden sowie der stellvertretenden Vorsitzenden übernimmt Frau Rita Schröder gem. § 24 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Leitung der Sitzung.

Frau Schröder begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** "Competencia NRW" - Rückblick und Ausblick;  
Bericht Frau Sträde und Frau Jauer, Kompetenzzentrum Frau und Beruf
- Punkt 3** Netzwerk "Wegen der Ehre" - Ausblick 2014;  
Bericht Frau Kahraman-Brust, Kommunales Integrationszentrum
- Punkt 4** "Equal-Pay-Day" - Aktion am 21.03.2014;  
Bericht Frau Ersan, Gleichstellungsbeauftragte
- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **"Competencia NRW" - Rückblick und Ausblick;**  
**Bericht Frau Sträde und Frau Jauer, Kompetenzzentrum Frau und Beruf**

### Erörterung

Frau Ersan führt aus, dass Competentia quasi die Nachfolgerin der Koordinierungsstelle Frau und Beruf sei und werde vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter finanziert.

Frau Sträde und Frau Jauer berichten anhand einer Folienpräsentation. Diese ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfragen von Herrn Bangert (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) antwortet Frau Sträde, dass der Erwerb von Belegplätzen in Kindertageseinrichtungen ein schwieriges Themenfeld darstelle. Im Prinzip sei es zu keinem Ergebnis gekommen, denn als Einigkeit erzielt worden sei, hätten die Eltern bereits anderweitige Lösungen gefunden.

Des Weiteren führt Frau Sträde aus, dass zur Thematik „Erwerbstätigkeit von Frauen“ keine spezifischen Daten vorlägen, aber durchaus daran gearbeitet werde, die Situation für Frauen im Kreis Unna zu verbessern. Sie stünde auch in einem engen Kontakt zur Gleichstellungsbeauftragten der Kreisverwaltung Unna sowie zum Jobcenter und zur Arbeitsagentur.

Frau Werbinsky (SPD-Fraktion) lobt die hohe Zahl an durchgeführten Veranstaltungen und frage sich, ob diese Veranstaltungen der breiten Öffentlichkeit mal näher gebracht werden sollten. Die gemachte Arbeit sei lobenswert, aber man würde nur wenig davon mitbekommen und es sei auch für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf von Vorteil, wenn mehr dazu bekannt würde. Des Weiteren nähmen psychische Erkrankungen immer mehr zu. Sie möchte wissen, ob das auch ein Thema für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf sei.

Frau Jauer erklärt, dass für die Öffentlichkeitsarbeit getan werde, was möglich sei. Die Werbemittel würden möglichst großflächig verteilt. Sie hätte allerdings keinen Einfluss darauf, was die Presse mit den Mitteilungen mache. Es würde auch über das Internet, zum Beispiel über Facebook, auf Veranstaltungen aufmerksam gemacht.

**Punkt 3** **Netzwerk "Wegen der Ehre" - Ausblick 2014;**  
**Bericht Frau Kahraman-Brust, Kommunales Integrationszentrum**

Erörterung

Frau Kahraman-Brust teilt mit, dass das Netzwerk „Wegen der Ehre“ bereits seit 2007 existiere und es gegen Gewalt und Zwangsheirat im Kreis Unna arbeite. Das Netzwerk sei aber auch über den Kreis Unna hinaus bekannt. Viele Gleichstellungsstellen aus dem Umkreis, zum Beispiel Menden und Gevelsberg, seien an dem Netzwerk interessiert. Sie bekomme häufig Anrufe von Lehrerinnen und Lehrern, die sich informieren möchten, was sie tun können, wenn sich Mädchen zu Hause bedroht fühlten. In diesen Fällen könne sie nicht eingreifen, dafür sei sie nicht die richtige Ansprechpartnerin. Nachdem mehrfach Anfragen an sie gerichtet worden seien, habe sie Kontakt zum Mädchenhaus in Bielefeld aufgenommen. Das dortige Mädchenhaus sei in NRW erster Ansprechpartner. Dort würden die betroffenen Mädchen auch in türkischer, kurdischer, kroatischer usw. Sprache beraten. Die Lehrer/innen seien mit diesen Vermittlungen sehr zufrieden gewesen. Aber hier hätte man nicht weiter daran arbeiten können, denn es gebe keine mehrsprachigen Beraterinnen. Dennoch wolle man den Lehrerinnen und Lehrern helfen und somit seien Beraterinnen aus Bielefeld eingeladen worden, um entsprechende Informationen weitergeben zu können.

Im Netzwerk befänden sich beinahe alle Gleichstellungsstellen sowie einige Schulen aus dem Kreis Unna. Das Netzwerk arbeite mit IN VIA Unna e.V. Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit sowie der Caritas zusammen.

Frau Kahraman-Brust führt aus, eine durchgeführte Lesereihe in Schulen hätte über 1.000 Schüler/innen erreicht. Dabei seien Hoffnungen hervorgerufen worden und man hätte über Auffangmöglichkeiten nachgedacht und verschiedene Fortbildungen für die Schulen angeboten. Es müsste einfach klar werden, dass Gewalt und Zwangsheirat keine kulturbedingte Angelegenheit sei.



Durchführung einer Aktion gewesen, bei der es einen Austausch zwischen örtlichen Politikerinnen und Politikern sowie Bürgerinnen und Bürgern geben sollte. Diese Idee sei im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales angekommen und Herr Minister Guntram Schneider habe sich zur Teilnahme an der Aktion bereit erklärt. Zur Vorbereitung hätten sie und Frau Sträde bereits an verschiedenen Stellen im Kreis Unna Vorträge zum Minijob gehalten. Hierzu wird auf die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügte Präsentation verwiesen. Unterstützt werde die Aktion von der Gleichstellungsbeauftragten der Kreisstadt Unna, der Beauftragten für Chancengleichheit vom Jobcenter Kreis Unna sowie der Beauftragten für Chancengleichheit von der Bundesagentur für Arbeit in Hamm.

Herr Sparbrod ergänzt, dass die Altersarmut überwiegend weiblich sei und somit sehr viele Frauen dem Bereich „Grundsicherung im Alter“ zugeordnet werden könnten. Dies sei der Grund dafür, warum bereits seit geraumer Zeit beim Jobcenter Kreis Unna ein Projekt laufe. Bei diesem Projekt gehe es um die Umwandlung von Minijobs von Frauen. Es sei nicht nur von der Qualifizierung der jeweiligen Frau, sondern auch vom Arbeitsmarkt abhängig und die Probleme der „Vollzeitbeschäftigung“ seien durchaus bekannt.

Frau Streich führt aus, dass der Grund auch häufig darin läge, dass im Haushalt lebende kleine Kinder nicht adäquat versorgt werden könnten. Bei den Betreuungsangeboten stünde man immer noch am Anfang, es gebe einige Probleme.

Frau Gebhard möchte wissen, ob es richtig sei, dass das Jobcenter Inhaber von Minijobs, die sich von diesem lösen möchten, gezielt anspreche.

Herr Sparbrod antwortet, dass das Projekt dafür gedacht sei und bereits Erfolge zu verzeichnen seien. Er wisse, dass es bei der Kinderbetreuung keine großen Probleme gebe. Allerdings hapere es insgesamt im Bereich der Randzeitenbetreuung. Das Jobcenter bemühe sich in alle Richtungen, könne die Fälle aber nicht zu einem entsprechenden Abschluss bringen, weil keine Ganztagsbeschäftigung angeboten werden könne oder weil das Gehalt nicht ausreiche und dann die Kommune wiederum die ergänzenden Leistungen zahlen müsse. Bei der Vermittlungsquote stünde das Jobcenter auf Platz 1 der neuen Ranking-Liste (Ruhrgebiet), aber in der Kommune käme davon nichts an. Nicht jede Frau könnte ganztätig bzw. in der Form beschäftigt werden, dass sie komplett aus dem SGB II-Leistungsbereich herausfiele, darüber müsse man sich im Klaren sein.

Solange bei einem Großteil der Mütter kein Umdenken stattfände, nicht ab mittags zu Hause sein zu müssen, könne man die vorhandenen Probleme auch nicht lösen, so Frau Schaumann. Ohne Vollzeitbeschäftigungen könne man hier nicht viel ändern. Selbstverständlich mangle es auch an Arbeitsplätzen.

Frau Ersan äußert daraufhin, dass auch sie den Frauen gerne die Folgen der Ausübung eines Minijobs näher bringen möchte.

Herr Kerl ergänzt, dass bereits die Politik falsche Akzente gesetzt hätte.

Frauen, die aus dem Minijob wechseln möchten, müssten einbezogen werden und entsprechende Angebote erhalten. So entstünde Bewegung und es könnte ein gewisser Druck erzeugt werden, so Frau Gebhard.

Frau Werbinsky äußert, dass die Frauen darauf aufmerksam gemacht werden müssten, welche Folgen der Minijob hätte. Denn viele Frauen würden erst kurz vor der Rente oder nach Beendigung einer Beziehung über einen Wechsel aus dem Minijob nachdenken. Aber es mangle auf dem Arbeitsmarkt eben auch an Jobs bzw. Vollzeitstellen.

